

„DigitalPakt Schule“

Milliarden für die digitale Bildungsinfrastruktur

Die Welt verändert sich rasant. Die Digitalisierung wird ein zentraler Schlüssel sein, um die anstehenden Probleme (Demografie, Klima, Nachhaltigkeit u.v.m.) lösen zu können. Schon deswegen darf der Bildungsbereich nicht zurückbleiben. Schule muss unseren Kindern die notwendigen digitalen Kompetenzen vermitteln, um nicht zuletzt auch im internationalen Vergleich mithalten zu können.

Die Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur mit insgesamt fünf Milliarden Euro. Von den Mitteln des DigitalPaktes erhält das Land Hessen 372 Millionen Euro. Das Land und die Schulträger stoßen die vom Bund bereitgestellten Mittel auf, sodass insgesamt knapp 650 Millionen Euro für die Digitalisierung hessischer Schulen zur Verfügung stehen.

Wir untersuchten bei sieben ausgewählten Landkreisen den

aktuellen Sachstand anhand vier zentraler Aspekte: technische Ausstattung, Service- und Betriebskonzept, Pädagogisches Konzept sowie Förder- und Beratungsprogramme. Die Übersicht über die technische Ausstattung der Schulen ist exemplarisch beigefügt. Insgesamt zeigte sich ein sehr homogenes Vorgehen der Kreise, allerdings auf durchaus überschaubarem Niveau. Insofern empfehlen wir, die Ausstattung der Klassenräume mit digitalen Präsentationsmedien zu forcieren, um damit die Nutzung digitaler Unterrichtsmethoden zu ermöglichen. Das positiv zu wertende homogene Vorgehen ist zurückzuführen auf die konkreten Vorgaben des Landes, wie die Annexe zum DigitalPakt und die IT-Infrastruktur umzusetzen sind. Insofern können sich konkrete Vorgaben und ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Länder, um effizient einen flächendeckenden Ausbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur zu erreichen.

Analyseeinheit	Digitalisierung der Schulen – technische Ausstattung							
	Bergstraße	Fulda	Gießen	Odenwald	Schwalm-Eder	Vogelsberg	Waldeck-Frankenberg	Durchschnittswert über alle Schulen ¹⁾
IT-Infrastruktur	100%	76%	77%	94%	72%	81%	85%	84%
Endgeräte	23%	44%	26%	20%	30%	31%	27%	28%
Weitere digitale Ausstattungsmöglichkeiten	55%	54%	50%	56%	61%	30%	43%	51%
Ausstattung der Unterrichtsräume	56%	45%	66%	44%	48%	92%	59%	58%
Gesamtdurchschnitt	58%	55%	55%	54%	53%	58%	54%	55%

¹⁾ Der Durchschnittswert bezieht sich auf die Ausstattung aller Schulen in den Vergleichslandkreisen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schulen, Schüler beziehungsweise Klassenräume in den Vergleichslandkreisen. Für die Kategorie Endgeräte wurde der Durchschnittswert anhand der summierten Ausstattung mit Computern, Laptops und Geräten durch die Gesamtschülerzahl aller Vergleichslandkreise errechnet. In der Kategorie Ausstattung der Unterrichtsräume wurde der Durchschnittswert anhand der summierten Ausstattung mit Whiteboards und Beamern durch die Gesamtzahl der Klassenräume in den Vergleichslandkreisen errechnet.

Quelle: Vgl. Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften, Kommunalbericht 2022, S. 81, LTaGDrS. 20/941 vom 25.11.2022; Erhebungsstand: Juli 2021



Dr. Ulrich Keilmann
leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat

Lesen Sie mehr zum Thema DigitalPakt Schule, „Digitalisierung der Bildung – Milliarden für die digitale Bildungsinfrastruktur“ im Kommunalbericht 2022, Hessischer Landtag, Drucksache 20/9410 vom 25. November 2022, S. 76 ff. Der vollständige Bericht ist kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de/abrufbar.

Das erfordert eine entsprechende technische Ausstattung der Schulen.

Mit dem DigitalPakt Schule (2019 bis 2024) unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bei ihren Investitionen in die digitale Bil-

duktiven Sachstand anhand vier zentraler Aspekte: technische Ausstattung, Service- und Betriebskonzept, Pädagogisches Konzept sowie Förder- und Beratungsprogramme. Die Übersicht über die technische Ausstattung der Schu-

Positive Ausblicke nach Defizit

Berliner Finanzplanung mit Investitionen

(BS/Marlies Vossebrecker) Auch wenn das Land Berlin das Haushaltsjahr 2023 mit einem Finanzierungsdefizit beschließen wird, so blickt der Senat den kommenden Haushaltsjahren dennoch positiv entgegen: Der Doppelhaushalt 2026/27 soll das Ausgabevolumen wieder normalisieren.

Die Folgen der Migration, der Energiekosten sowie der Auswirkungen der Pandemie hinterlassen deutliche Spuren im Land Berlin – das Haushaltsjahr 2023 wird mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von rund 2,3 Millionen Euro abschließen. Das geht aus aktuellen Zahlen

vor: „Mit dem Doppelhaushalt für das nächste und übernächste Jahr stemmen wir uns noch einmal entschieden und mit aller Kraft gegen die Herausforderungen unserer Zeit. Wir entlasten die Menschen in der Krise, wir investieren in die Zukunft und sorgen dafür, dass

„Wir entlasten die Menschen in der Krise, wir investieren in die Zukunft und sorgen dafür, dass Berlin gut für die Zukunft gewappnet ist.“

Finanzsenator Stefan Evers

aus dem Statusbericht der Haushaltsprognose zum 30. Juni 2023 hervor, dem geprüfte Prognosen der Senatsverwaltungen und Bezirke zugrunde liegen. Finanzsenator Stefan Evers sieht angesichts der angespannten Haushaltslage und dem Finanzierungsdefizit Handlungsbedarf für die kommenden Jahre: „Die klare Linie heißt weiterhin: Zukunftsinvestitionen ermöglichen, sparsam wirtschaften und auf die staatlichen Kernaufgaben konzentrieren“, kommentiert er die Lage.

Berlin gut für die Zukunft gewappnet ist.“ Gleichzeitig stellt er klar, dass Berlin in Zukunft mit weniger Geld besser funktionieren müsse. Das sei umsetzbar, wenn das Land klug investiere, verantwortungsvoll haushalte und klare Prioritäten setze. „Für diese große Kraftanstrengung müssen alle an einem Strang ziehen. Berlin kehrt Stück für Stück in den haushaltspolitischen Normalmodus zurück. So können wir auch künftige Krisen erfolgreich meistern“, so Evers weiter.

Finanzplanung bis 2027

Zeitgleich hat der Senat die Finanzplanung der Jahre 2024 bis 2027 beschlossen. Die Reihung mehrerer Krisen während der letzten Jahre hat hier zwar gezeigt, dass Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Haushalt widerstandsfähig sind. Allerdings haben sich die finanzpolitischen Rahmenbedingungen dabei verschlechtert. So bewirken etwa Inflation und Zinsentwicklung einen erhöhten Finanzierungsbedarf bzw. eine finanzielle Mehrbelastung. Evers ist zuversichtlich und hebt geplante Investitionsvorhaben her-

Neue Investitionsvorhaben

Bei der ebenfalls durch den Senat beschlossenen Investitionsplanung liegt der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt bis 2027 bei knapp zehn Prozent. Den größten Einzelanteil an den Investitionsplanungen macht dabei der Schulbau mit einem Volumen in Höhe von rund vier Milliarden Euro aus. Weitere Investitionsvorhaben sollen außerdem in Innere Sicherheit, Verkehr und Tiefbau, Stadtentwicklung und Förderung des Wohnungsbaus sowie in Wissenschaft und Forschung erfolgen.



Wir machen NRW DIGITALER

„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK – Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen

